

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bahnlärm ausbremsen – Tempolimit jetzt!

Der Lärm an den Schienenstrecken, verursacht durch veraltetes Bahnmaterial, zu hohe Geschwindigkeiten und nur unzureichend gewartete Gleiskörper und Brücken, gefährdet die Gesundheit von vielen Menschen in unseren Städten. Eine Abhilfe durch freiwillige Maßnahmen der Deutsche Bahn AG ist in absehbarer Zeit nicht erkennbar. Die prognostizierten Wachstumszahlen beim Gütertransport auf der Schiene sind Horrorvisionen für die schon heute stark vom Lärm betroffenen Menschen.

Die von der Deutsche Bahn AG vorgelegten Lärmwerte geben heute nur einen rechnerischen Wert wieder, die als besonders störend empfundenen Lärmspitzen werden durch diese Werte nicht abgebildet.

Es ist nicht zumutbar zu warten, bis sich in der Haltung der Deutsche Bahn AG diesem Problem gegenüber ändert, sondern es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die die Bürgerinnen und Bürger Bremens vor Lärm schützen. Die einfachste und günstigste Möglichkeit zur Lärmvermeidung wäre die Temporeduzierung innerhalb der Stadtgebiete.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Länder Einflussmöglichkeiten in Hinblick auf Tempolimits für den Schienenverkehr bekommen, um die Bürgerinnen und Bürger durch ein Tempolimit innerhalb der Stadtgebiete vor Bahnlärm zu schützen.
2. einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, aus dem die kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung an den Bahnstrecken ersichtlich werden.
3. dauerhaft Lärmmessungen an den Bahnstrecken durchzuführen, um den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Datengrundlage zu bieten.
4. eine Kartierung der Lücken bei den Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecken vorzulegen und eine Kostenkalkulation für die Schließung der Lücken in Bremen und Bremerhaven zu erarbeiten sowie einen hieraus priorisierten Maßnahmenplan gemeinsam mit dem Magistrat, der Regionalkonferenz der betroffenen Beiräte und den Betroffenen und deren Vertretungen zu erstellen.
5. mit den Verursachern des Lärms in Verhandlungen zu treten, um die Finanzierung eines Maßnahmenplans über die nächsten Jahre zu sichern.

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN